



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Schacknat

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 26565

E-Mail: Melina.Schacknat@STADT-KOELN.DE

Datum: 09.09.2019

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, den 01.07.2019, 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Thomas Hegenbarth	SPD
Herr Werner Marx	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Frank	GRÜNE	vertritt Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter (17:40 Uhr bis 18:30 Uhr)
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE	vertritt Herrn Hans Schwanitz

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	auf Vorschlag der AfD
Herr Florian Franzen	auf Vorschlag der FDP
Herr Thomas Hilden	auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen
Herr Pascal Pütz	auf Vorschlag der SPD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
----------------	------------

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Frau Chantal Schalla	auf Vorschlag der SPD
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller	
Herr Stephan Murawski	Dezernat I
Herr Olaf Wagner	Personalverwaltungsmanagement (11)
Herr Thomas Frenzke	Amt für öffentliche Ordnung (32)
Herr William Wolfgramm	Amt der Oberbürgermeisterin (01)
Frau Stephanie Brimmer	Bürgerdienste (34)
Herr Dr. Christian Miller	Berufsfeuerwehr (37)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Bettina Mötting

Gesamtpersonalrat

Herr Jörg Dicken

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE	vertreten durch Herrn Jörg Frank (17:40 Uhr bis 18:30 Uhr)
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	vertreten durch Herrn Firat Yurtsever

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener		
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.	
Herr Christoph Schmitz	CDU	
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE	abwesend von 18:12 Uhr bis 18:30 Uhr
Herr Tjark Sauer	Linke	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Björn Blank	SC Janus e.V.
------------------	---------------

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des AVR und begrüßt die Anwesenden.

Er teilt mit, dass sich die Ratsgruppe BUNT zum 31.05.2019 aufgelöst hat. MdR Hegenbarth ist zum 01.06.2019 in die SPD-Fraktion eingetreten. Mit Ratsbeschluss vom 21.05.2019 wurde er mit Wirkung vom 01.06.2019 zum stimmberechtigten Mitglied anstelle von Herrn Christian Joisten gewählt. Darüber hinaus scheidet Frau Dr. Annette Wittmütz mit Ratsbeschluss vom 21.05.2019 als Sachkundige Einwohnerin aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales aus. Als Nachfolgerin wurde durch die FDP-Fraktion Frau Chantal Schalla benannt.

Der Vorsitzende übernimmt die Verpflichtung gemäß § 5 Absatz 2 der Hauptsatzung und trägt den Verpflichtungstext aus § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung vor.

Im Anschluss trägt der Vorsitzende die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vor:

- zu 3.3 Beantwortung der Anfrage AN/0648/2019 der Fraktion DIE LINKE betreffend "Das Kölner Taxigewerbe und Uber" zur Sitzung vom 13.05.2019
1992/2019
(zugesetzt am 01.07.2019; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)
- zu 3.4 Beantwortung der Anfrage AN/0416/2019 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erweiterung der "Sag's-uns-App" um zwei Kategorien" zur Sitzung vom 13.05.2019
1590/2019
(zugesetzt am 28.06.2019; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)
- 4.7 Stellungnahme zum Antrag AN/0581/2019 der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Führerscheinumtausch online ermöglichen"
2284/2019
(zugesetzt am 26.06.2019)
- zu 6.1 Beantwortung der Anfrage AN/0629/2019 der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Ordnungswidriges Wegwerfen von Zigarettenskippen"
2347/2019
(zugesetzt am 01.07.2019; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)
- zu 6.2 Beantwortung der Anfrage AN/0842/2019 der SPD-Fraktion betreffend "Milieuschutzsatzungen endlich beschließen! - die Zweite"
2322/2019
(zugesetzt am 01.07.2019; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)
- 6.3 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffen "Sachstand zur städtischen Förderung der Karnevalsumzüge in den Stadtteilen"
AN/0961/2019

(zugesetzt am 26.06.2019)

- zu 6.3 Beantwortung der Anfrage AN/0961/2019 der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Sachstand zur städtischen Förderung der Karnevalsumzüge in den Stadtteilen"
2330/2019
(zugesetzt am 28.06.2019; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)
- zu 10.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend TOP 10.1 "Parkgebührenordnung 2019" (0445/2018)
AN/0997/2019
(zugesetzt am 01.07.2019; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)
- 10.7 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser
1841/2019
(zugesetzt am 22.06.2019)
- 10.8 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014
2139/2019
(zugesetzt am 25.06.2019; die Unterlagen wurden mit Sammelumdruck vom 25.06.2019 zur Verfügung gestellt, bitte halten Sie diese bereit)

Ferner teilt der Vorsitzende die auf Vorschlag der Verwaltung im nicht öffentlichen Teil zuzusetzenden Punkte mit:

- 17.9 Bedarfsprüfung für den Erwerb und die Inbetriebnahme einer gesamtstädtischen Softwarelösung für ein Beschwerdemanagement
1977/2019
(zugesetzt am 24.06.2019)
- 17.10 Bedarfsfeststellung sowie Mittelfreigabe über die Beschaffung von insgesamt 22 Hybrid-Kleinwagen für den Verkehrsdienst der Stadt Köln
1938/2019
(zugesetzt am 27.06.2019)

Weiterhin teilt er die seitens der Verwaltung zurückgezogenen Tagesordnungspunkte mit:

- 17.3 Bedarfsfeststellung über die Neubeschaffung von 15 Hybrid-Fahrzeugen und Ersatzbeschaffung von 7 Hybrid-Fahrzeugen für den Verkehrsdienst der Stadt Köln
1271/2019
- 17.7 Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Köln für die Wahlperiode 01.04.2020 bis 31.03.2025
1686/2019

- 17.8 Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Oberverwaltungsgericht NRW für die Wahlperiode 01.02.2020 bis 31.01.2025
1692/2019

Der Vorsitzende teilt den Vorschlag der Verwaltung, die nachfolgenden Punkte aufgrund von Sachzusammenhang gemeinsam zu behandeln mit:

- 4.7 Stellungnahme zum Antrag AN/0581/2019 der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Führerscheinumtausch online ermöglichen"
2284/2019
(*zugesetzt am 26.06.2019*)

und

- 8.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Führerscheinumtausch online ermöglichen"
AN/0581/2019

Darüber hinaus teilt der Vorsitzende mit, dass die Verwaltung aus terminlichen Gründen bittet, die nachfolgenden Punkte zeitlich vorzuziehen:

- 10.2 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen für die Zeit vom 01.01.2017-24.01.2018
1296/2019
- 10.3 Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen rückwirkend ab dem 25.01.2018
1273/2019

und

- 10.4 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019
1712/2019

Im Anschluss erkundigt sich der Vorsitzende nach weiteren Änderungswünschen zur Tagesordnung.

MdR Richter bedankt sich für die Beantwortung zu TOP 3.4 als Tischvorlage, teilt jedoch mit, dass diesbezüglich noch eine entsprechende Würdigung erhalten und daher zurückgestellt werden soll. Ferner nimmt er Bezug auf die unter TOP 4.2 vorliegende Vorlage und teilt mit, dass der Wirtschaftsausschuss die Vorlage seiner Kenntnis nach zurückgestellt habe. Zudem sei seinen Informationen zufolge die unter TOP 10.6 aufgeführte Vorlage am kommenden Tag nicht mehr auf der Tagesordnung des Gesundheitsausschusses.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die unter TOP 4.2 geführte Vorlage in der Vorberatung sowohl im Wirtschaftsausschuss als auch im Ausschuss für Soziales zurückgestellt worden sei.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass ihm die durch MdR Richter getätigten Ausführungen zu TOP 10.6 nicht bekannt seien. Im Rechnungsprüfungsausschuss sei diese Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen worden. Nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses sei dies auch für die morgige Sitzung dessen so beabsichtigt. Insofern halte er die Verweisung ohne Votum in die nachfolgenden Gremien auch für den AVR für die richtige Lösung.

MdR Görzel erkundigt sich, vor welchem Hintergrund Bedarfsfeststellungen im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden. Darüber hinaus teilt er mit, dass bezüglich TOP 10.7 noch Beratungsbedarf bestehe, diese jedoch auch ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen werden könne.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass Bedarfsfeststellungen dann im nicht-öffentlichen Teil behandelt würde, sofern diese möglichen Bietern Auskunft darüber erteilen würden, welches Budget zur Verfügung stehe. Hierdurch solle verhindert werden, zu signalisieren, welche Ausgaben für bestimmte Leistungen beabsichtigt seien.

MdR Tokyürek bittet die Beantwortung der Anfrage unter TOP 3.3 zurückzustellen, da diese kurzfristig zugesetzt worden sei.

MdR Dr. Krupp kündigt an, dass die SPD-Fraktion bitten wird, die Vorlage unter TOP 10.1 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

MdR Dr. Elster teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion dies beabsichtige.

Der Vorsitzende nimmt die Vorschläge entsprechend auf und lässt formell über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 EU-Charta - 2. Kölner Gleichstellungsaktionsplan
0217/2019
- 1.2 Bericht zum Bündnis "Mit Frauen in Führung" FEMALE RESOURCES
2120/2019
- 1.3 Einführung eines Frauenpreises in Köln; hier: ELSE-FALK-Preis
1475/2019

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage betreffend TOP 4.3 (1117/2019) "Berechnung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im Erfahrungsbericht 2017" zur Sitzung vom 13.05.2019
1800/2019

- 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Förderrichtlinien für die Mittel zur Unterstützung und Förderung des Jugendaustausches Köln-Tel Aviv" zur Sitzung vom 12.11.2018
AN/1578/2018

Beantwortung der Anfrage AN/1578/2018 der SPD-Fraktion betreffend "Förderrichtlinien für die Mittel zur Unterstützung und Förderung des Jugendaustausches Köln-Tel Aviv"
1127/2019

- 3.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend "Das Kölner Taxigewerbe und Uber" zur Sitzung vom 13.05.2019
AN/0648/2019

Beantwortung der Anfrage AN/0648/2019 der Fraktion DIE LINKE betreffend "Das Kölner Taxigewerbe und Uber" zur Sitzung vom 13.05.2019
1992/2019

- 3.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erweiterung der "Sag's-uns-App" der Stadt Köln um zwei Kategorien" zur Sitzung vom 13.05.2019
AN/0416/2019

Beantwortung der Anfrage AN/0416/2019 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erweiterung der "Sag's-uns-App" um zwei Kategorien" zur Sitzung vom 13.05.2019
1590/2019

- 3.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage betreffend "Kameras mit Mikrofoneinrichtungen in U-Bahnen " zur Sitzung vom 13.05.2019
1928/2019

- 3.6 Beantwortung der mündlichen Anfrage betreffend "Inklusionstaxen in Köln" zur Sitzung vom 04.02.2019
1956/2019

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Mitteilung zum Änderungsbeschluss vom 23.04.2018 (AN/0629/2018) und Zwischenbericht zum "Zielbild 2020 - Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes"
1283/2019

- 4.2 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln"
1871/2019

- 4.3 Kölner Abschlusskonferenz zum EU-Projekt „GrowSmarter“ 03.-05.06.2019
2018/2019

- 4.4 Klimapartnerschaft Köln - Yarinacocha

2042/2019

4.5 Europawahl 2019
1947/2019

4.6 ZukunftsLabor der Stadt Köln
1057/2019

4.7 Stellungnahme zum Antrag AN/0581/2019 der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Führerscheinumtausch online ermöglichen"
2284/2019

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Ordnungswidriges Wegwerfen von Zigarettenkippen"
AN/0692/2019

Beantwortung der Anfrage AN/0629/2019 der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Ordnungswidriges Wegwerfen von Zigarettenkippen"
2347/2019

6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Milieuschutzsatzungen endlich beschließen! – die Zweite"
AN/0842/2019

Beantwortung der Anfrage AN/0842/2019 der SPD-Fraktion betreffend "Milieuschutzsatzungen endlich beschließen! - die Zweite"
2322/2019

6.3 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Sachstand zur städtischen Förderung der Karnevalsumzüge in den Stadtteilen"
AN/0961/2019

Beantwortung der Anfrage AN/0961/2019 der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Sachstand zur städtischen Förderung der Karnevalsumzüge in den Stadtteilen"
2330/2019

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Führerscheinumtausch online ermöglichen"
AN/0581/2019

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Parkgebührenordnung 2019
0445/2018

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend TOP 10.1 "Parkgebührenordnung 2019" (0445/2018)
AN/0997/2019

10.2 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen für die Zeit vom 01.01.2017-24.01.2018
12V69/2019

10.3 Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen rückwirkend ab dem 25.01.2018
1273/2019

10.4 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019
1712/2019

10.5 Gigabit Masterplan Cologne sowie Bedarfsfeststellung über den Eigenbeitrag zur Förderung des Breitbandausbaus in der Stadt Köln durch den Bund und das Land NRW
1737/2019

10.6 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland
3110/2018

10.7 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser
1841/2019

10.8 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014
2139/2019

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 12.1 Beantwortung der mündlichen Anfragen betreffend TOP 17.5 (3803/2018) "Beschaffung einer Basisstation für das Metropolenkonzept im Objektfunk zur Sitzung vom 04.02.2019
0742/2019
- 13 Mitteilungen der Verwaltung**
- 13.1 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2018
1663/2019
- 14 Schriftliche Anfragen**
- 15 Mündliche Anfragen**
- 16 Anträge**
- 17 Allgemeine Vorlagen**
- 17.1 Nachbenennung von Beisitzerinnen und Beisitzern bei Tätigwerden der Einigungsstelle
0834/2019
- 17.2 Einleitung des Vergabeverfahrens zum Abschluss der Leistung "elektronischer Postzustellungsauftrag" als Pilotierung für die Bußgeldstelle der Stadt Köln
1231/2019
- 17.4 Bedarfsfeststellung zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Lieferung von WLAN-Netzwerkkomponenten für Kölner Schulen für die Jahre 2020 bis 2023
1478/2019
- 17.5 Bedarfsprüfung Umzug des Amtes 34/Bürgerdienste in die Dillenburger Straße
1614/2019
- 17.6 Personalvertretung "digital"
0190/2019
- 17.9 Bedarfsprüfung für den Erwerb und die Inbetriebnahme einer gesamtstädtischen Softwarelösung für ein Beschwerdemanagement
1977/2019
- 17.10 Bedarfsfeststellung sowie Mittelfreigabe über die Beschaffung von insgesamt 22 Hybrid-Kleinwagen für den Verkehrsdienst der Stadt Köln
1938/2019

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 EU-Charta - 2. Kölner Gleichstellungsaktionsplan 0217/2019

MdR Möller nimmt Bezug auf den 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplan, welcher im kommenden Jahr auslaufe. Sie erkundigt sich, wann mit dem Controlling hierzu zu rechnen sei. Darüber hinaus bezieht sie sich auf die Maßnahmen des aktuell vorliegenden Gleichstellungsaktionsplans. Sie erkundigt sich, zu der auf Seite sechs aufgeführten Maßnahme, aus welchem Grund die Handwerkskammer nicht involviert sei. In Hinblick auf die Bar Camps bitte sie um Erläuterung der beabsichtigten Ausrichtung dieser, sofern es hierzu bereits nähere Informationen gebe.

Frau Mötting erläutert, die Handwerkskammer sei bislang nicht Teil des Projektes gewesen. Es stehe allerdings auch nichts entgegen, diese aufzunehmen. Eine entsprechende Anfrage werde erfolgen. In Bezug auf die erwähnten Bar Camps sei man derzeit noch mit den entsprechenden Ämtern im Gespräch. Wie die Ausrichtung ausfallen werde, werde sich erst im Anschluss herausstellen. Ein Bericht hierzu könne im AVR erfolgen, sofern dies gewünscht werde. Der Controlling Bericht zum 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplan sei bereits fertiggestellt, jedoch sei die letzte Änderung nicht fristgerecht erfolgt, sodass dieser in die nächste Sitzung des AVR eingebracht werde.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den 2. Kölner Aktionsplan zur Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene.

Der Aktionsplan soll mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.2 Bericht zum Bündnis "Mit Frauen in Führung" FEMALE RESOURCES 2120/2019

MdR Möller erkundigt sich, ob geplant sei, die Anzahl der dem Bündnis zugehörigen Firmen zu erweitern.

Frau Mötting erläutert, dass das Bündnis FEMALE RESOURCES durch eine Firma gegründet worden sei. Deren Inhaberin habe sich bemüht, weitere Unternehmen zu akquirieren. Es sei jedoch notwendig, die Größe des Bündnisses aus Steuerungsgründen zu begrenzen. Derzeit umfasse dieses Bündnis 15 Firmen. Weitere Unternehmen seien derzeit nicht vorgemerkt, eine Erweiterung sei jedoch nicht ausgeschlossen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

1.3 Einführung eines Frauenpreises in Köln; hier: ELSE-FALK-Preis 1475/2019

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, in Köln einen Frauenpreis einzuführen. Der „ELSE-FALK“-Preis soll erstmalig am 7.3.2020 anlässlich der Feierlichkeiten zum Internationalen Frauentag vergeben werden.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf Basis des beiliegenden Konzeptes (Anlage 1) die Ausschreibung des Wettbewerbes für den „ELSE-FALK“-Preis durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage betreffend TOP 4.3 (1117/2019) "Berechnung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen im Erfahrungsbericht 2017" zur Sitzung vom 13.05.2019 1800/2019

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Förderrichtlinien für die Mittel zur Unterstützung und Förderung des Jugendaustausches Köln-Tel Aviv" zur Sitzung vom 12.11.2018 AN/1578/2018

Beantwortung der Anfrage AN/1578/2018 der SPD-Fraktion betreffend "Förderrichtlinien für die Mittel zur Unterstützung und Förderung des Jugendaustausches Köln-Tel Aviv" 1127/2019

MdR Möller führt aus, die vorliegende Anfrage sei beim vorletzten Mal sehr allgemein beantwortet worden. Sie erkundigt sich, ob die Informationen, welche dem Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung vom 14.05.2019 zur Verfügung gestellt worden seien, auch dem AVR zur Kenntnis gegeben werden sollen. Sofern dies nicht geplant sei, bitte sie um Mitteilung der Gründe.

Frau Baars erläutert, dass diese Informationen dem AVR zur Kenntnis gegeben werden. Sie biete zudem an, auch darüber hinausgehende weitere Fragen zu klären.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend "Das Kölner Taxigewerbe und Uber" zur Sitzung vom 13.05.2019
AN/0648/2019**

**Beantwortung der Anfrage AN/0648/2019 der Fraktion DIE LINKE betreffend "Das Kölner Taxigewerbe und Uber" zur Sitzung vom 13.05.2019
1992/2019**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag von MdR Tokyürek beschlossen, die Beantwortung der Anfrage zurückzustellen.

**3.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erweiterung der "Sag's-uns-App" der Stadt Köln um zwei Kategorien" zur Sitzung vom 13.05.2019
AN/0416/2019**

**Beantwortung der Anfrage AN/0416/2019 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erweiterung der "Sag's-uns-App" um zwei Kategorien" zur Sitzung vom 13.05.2019
1590/2019**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag von MdR Richter beschlossen, die Beantwortung der Anfrage zurückzustellen.

**3.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage betreffend "Kameras mit Mikrofon-einrichtungen in U-Bahnen " zur Sitzung vom 13.05.2019
1928/2019**

MdR Richter erläutert den Sachverhalt und nimmt Bezug auf die Beantwortung. Er erkundigt sich, ob eine technische Einrichtung der Mikrofone möglich wäre, sofern dies gewollt sei und bittet um Konkretisierung der Beantwortung.

Herr Friesenhahn, Bereichsleiter Fahrgastsicherheit und Fahrgastservice von den Kölner Verkehrsbetrieben erläutert, die Mikrofone seien eingebaut, da sie Bestandteil der Beschaffung gewesen seien. Diese seien nicht extra angefordert worden. Im Hintergrund laufe keine intelligente Software, welche eine Nutzung ermögliche. Sollte dies irgendwann gewünscht sein, werde ein entsprechendes Verfahren im datenschutzrechtlichen Sinne vorweggehen. Ihm sei bekannt, dass Verkehrsbetriebe anderer Städte und Regionen Testverfahren durchführten. Diese Testverfahren befänden sich jedoch noch in den Anfängen und seitens der Kölner Verkehrsbetriebe werde derzeit kein Bedarf gesehen, Mikrofonanlagen zu aktivieren.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**3.6 Beantwortung der mündlichen Anfrage betreffend "Inklusionstaxen in Köln" zur Sitzung vom 04.02.2019
1956/2019**

Herr Adolf bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und erkundigt sich, ob aus Sicht der Verwaltung grundsätzlich ein Bedarf an Inklusionstaxen bestehe.

Herr Oster teilt mit, dass, wie auch in der Beantwortung erläutert, der Bedarf schwer zu ermitteln sei. Es habe einen Erfahrungsaustausch mit anderen Städten gegeben und in diesem Rahmen sei auch nach Indizien für einen entsprechenden Bedarf gesucht worden. In Berlin sei ein solches Modell vorhanden, die Nutzung hingegen sei jedoch noch nicht besonders stark ausgeprägt. Man wolle sich in etwa einem halben Jahr noch einmal erkundigen, ob es sich hierbei lediglich um Anlaufschwierigkeiten gehandelt habe und sich das Modell zwischenzeitlich etabliert habe. In diesem Zusammenhang könnten dann voraussichtlich auch Erfahrungen zum Thema Kosten gesammelt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Mitteilung zum Änderungsbeschluss vom 23.04.2018 (AN/0629/2018) und Zwischenbericht zum "Zielbild 2020 - Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes" 1283/2019

MdR Dr. Krupp führt aus, dass der vorliegende Tagesordnungspunkt bereits häufiger behandelt worden sei. Man störe sich an dem Hinweis, der reinen Zentralisierung des Ordnungsdienstes. Er habe Verständnis dafür, dass es sich um eine organisatorische Maßnahme handle, mit der die Effektivität gesteigert werden solle. Gleichwohl sei die CDU-Fraktion der Ansicht, eine dezentrale Aufgabenerfüllung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sei teilweise sinnvoller. MdR Dr. Krupp erkundigt sich, ob die Erfahrungen der Zentralisierung tatsächlich nach wie vor derart positiv seien. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob die angesprochenen Zielvereinbarungen mit den Bezirken zwischenzeitlich vereinbart worden seien.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, das Thema Zentralisierung sei auch in der Sitzung der Bezirksvertretung Porz am vergangenen Donnerstag Thema gewesen. Er wolle darauf hinweisen, dass auf den dort vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion eine Stellungnahme erfolgen werde. Es läge hier jedoch keinesfalls wie dort aufgeführt ein Verstoß gegen die Anhörungs- oder Mitwirkungspflichten der Bezirksvertretung vor. Die vor etwa anderthalb Jahren eingebrachte Vorlage beinhalte eine verwaltungsorganisatorische Maßnahme, welche gerade keine Zentralisierung des städtischen Ordnungsdienstes bedeute. Es sei in allen Bezirksvertretungen deutlich vorgetragen worden, dass beabsichtigt sei, die Bezirke bezüglich der Kapazität uniformierter ordnungsbehördlicher Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeiter zu stärken und nicht zu schwächen. Seiner Kenntnis nach bewähre sich dieses Konzept, er bittet jedoch Herrn Frenzke aus den Einsatzerfahrungen der ersten Monate dieser Umsetzung zu berichten.

Der Leiter des städtischen Ordnungsdienstes, Herr Frenzke, erläutert den Aufbau des städtischen Ordnungsdienstes. Dieser sei in neun Stadtbezirke aufgeteilt und für jeden Stadtbezirk stehe eine Dienstgruppe zur Verfügung. Die Leitungen der Dienstgruppen stünden in enger Zusammenarbeit mit den Leitungen der Bürgerämter. Im Hinblick auf die angesprochenen Zielvereinbarungen teilt Herr Frenzke mit, dass diese bis auf eine letzte bereits abgeschlossen seien. Mit einem Bezirk befinde man sich noch in der Abstimmung. Insgesamt bestünden sehr intensive Austausche auf verschiedenen Ebenen, wie mit der

Polizei oder den Bürgervereinen. Man habe bislang positive Erfahrungen mit der organisatorischen Maßnahme gemacht.

MdR Richter äußert sich positiv zu der konstruktiven Umsetzung der Maßnahmen. Er nimmt Bezug auf den in der Vergangenheit beschlossenen Einsatz von Teleskopabwehrstöcken und erkundigt sich, ob es diesbezüglich bereits ein Zwischenfazit gebe. Darüber hinaus bittet er um Mitteilung eines aktuellen Sachstandes hinsichtlich der zukünftig durch den städtischen Ordnungsdienst zu nutzenden Räumlichkeiten.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, seinen Informationen zufolge sei die Einführungsphase der Teleskopabwehrstöcke mit der Schulung aller Mitarbeitenden noch nicht so weit fortgeschritten, dass ein Zwischenbericht gegeben werden könne. Auch hier bittet er den Leiter des städtischen Ordnungsdienstes um nähere Ausführungen. Hinsichtlich der Frage bezüglich der Räumlichkeiten teilt Herr Stadtdirektor Dr. Keller mit, man sei derzeit in intensiven Verhandlungen mit einem potentiellen Vermieter, welcher ein entsprechendes Gebäude zur Verfügung stellen wolle. Hier seien jedoch noch einige Fragen, wie beispielsweise die nach der Erreichbarkeit und den Parkmöglichkeiten zu klären. Bei der Frage nach der Anmietung neuer Bürogebäude handele es sich jedoch um ein gesamtstädtisches Thema.

Herr Frenzke erläutert, dass der städtische Ordnungsdienst derzeit über etwa 130 Außendienstkräfte verfüge. Die Einführung des Teleskopabwehrstocks sei mit umfangreichen Schulungen verbunden, die derzeit durchgeführt würden. Von den 130 Außendienstkräften sei die Schulung von 40 Mitarbeitenden bereits vollzogen worden. Diese seien auch bereits mit den Teleskopabwehrstöcken ausgerüstet. Der erste Erfahrungsbericht könne in etwa einem Jahr erfolgen, nachdem alle Einsatzkräfte geschult worden seien sowie erste praktische Erfahrungen gemacht worden seien. Dann könne die Außenwirkung ebenfalls beurteilt werden.

MdR Dr. Elster spricht sein Lob für die initiierte Maßnahme aus. An den vorliegenden Zahlen sei eine deutliche Steigerung der Leistungsfähigkeit ersichtlich. Nach wie vor sei die Personalgewinnung schwierig und pro Quartal beziehungsweise Halbjahr seien etwa 20 neue Beschäftigte einzustellen, um die avisierte Personalstärke sukzessive zu erreichen. Das in der Mitteilung erläuterte Drei-Säulen-Modell bei der Ausbildung des ehemals gehobenen Dienstes halte er für sehr gut gelungen. Neben dem Angebot des Besuches qualifizierter Ausbildungsgänge sei auch die zur Verfügung stehende Ausrüstung deutlich verbessert worden. Die noch nicht geklärte Frage nach den zukünftig zu nutzenden Räumlichkeiten sei jedoch auch für ihn ein Thema, welches alsbald abzuschließen sei. Diesbezüglich wünsche er sich zu entsprechender Zeit ebenfalls eine Mitteilung zum Sachstand und ob seitens der Politik Maßnahmen ergriffen werden können. Die übrigen Bereiche der Verwaltung fänden entsprechende Räume und dies müsse auch für den städtischen Ordnungsdienst machbar sein.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass die Unterbringung anderer Teile der Verwaltung ebenfalls keine leichte Aufgabe sei. Selbstverständlich würden Räumlichkeiten gefunden, jedoch sei auch in vorangegangenen Sitzungen des AVR bereits über die gesamtstädtischen Bedarfe diskutiert worden. In einer wachsenden Stadt sei auch die Verwaltung eine wachsende Organisation und bei einem Büroflächenmarkt mit einer Leerstandsquote von deutlich unter 3 Prozent sei es eine große Herausforderung die Bedarfe entsprechend zu decken. Man sei dabei auch strategisch vorzuarbeiten, um für die großen Standorte Zukunftskonzepte zu entwickeln. Der städtische Ordnungsdienst weise

jedoch spezielle Anforderungen auf, die gedeckt werden müssen und in diesem Bereich sei das Angebot sehr begrenzt. Sofern ein geeignetes Objekt gefunden werde, wisse jedoch auch die Vermieterin beziehungsweise der Vermieter um die Situation der Stadt, wodurch die Verhandlungen nicht einfacher gestaltet würden. Die Verwaltung selbst sei sehr daran interessiert, möglichst bald eine Lösung zu finden, man sei hier jedoch einem problematischen Marktumfeld ausgesetzt.

MdR Görzel bedankt sich ebenfalls für den vorliegenden Zwischenbericht. Er habe jedoch einige Fragen beziehungsweise Anmerkungen. Es sei auffällig, dass die Ausstattung der Außendienstkräfte des städtischen Ordnungsdienstes deutlich erhöht wurde, was auch optisch wahrnehmbar sei. Er erkundigt sich nach der Außenwirkung der deutlich robusteren Kleidung und des entsprechend anderen Auftretens. Hintergrund dieser Nachfrage seien die in den Medien zu verfolgenden Berichte der vergangenen Tage, nach deren Anschein der Respekt gegenüber mit Sicherheitsaufgaben beauftragten Personen nachließe. Darüber hinaus erkundigt er sich nach dem Zweck der im Zwischenbericht erwähnten Ortung mittels Global Positioning System. Zudem bittet er um Auskunft zu der Erfolgsbilanz des Lärmwagens. MdR Görzel führt ferner aus, der Zwischenbericht mache für ihn keinen aktuellen Eindruck und erkundigt sich nach der bisherigen Entwicklung im Jahr 2019, insbesondere betreffend der Rekrutierungskampagne.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, der Bericht sei bereits Anfang Mai auf der Tagesordnung gewesen und daher sei der 30.04.2019 als Stichtag gewählt worden. Dadurch, dass die Mitteilung in der vorangegangenen Sitzung zurückgestellt wurde, sei dieser nun nicht mehr vollständig aktuell. Bei der angesprochenen Rekrutierungskampagne handele es sich vielmehr um eine Imagekampagne, welche den eingegangenen Rückmeldungen zufolge als erfolgreich zu werten sei. Es gehe darum, das Image des städtischen Ordnungsdienstes zu verbessern und so auch dem teils vorherrschenden mangelnden Respekt gegenüber den Kräften des Außendienstes entgegenzutreten. In Bezug auf die angesprochenen Lärmwagen teilt Herr Stadtdirektor Dr. Keller mit, dass die Erfolgsbilanz anhand der Anzahl der Einsätze bemessen werden könne. Hier läge eine komplette Auslastung vor. Nichtsdestotrotz würden in einer derart großen Stadt wie Köln nie sämtliche Lärmbeschwerden abgearbeitet werden können. Dies halte er jedoch auch nicht für ein erstrebenswertes Ziel, da Lärm in einem gewissen Rahmen, insbesondere in der Innenstadt, zum urbanen Leben dazugehöre. Wo die Störungen jedoch überhand nehmen, werde eingegriffen und dies sei Zweck des Lärmwagens. Hinsichtlich der robusteren Ausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Ordnungsdienstes erläutert Herr Stadtdirektor Dr. Keller, dass die Kräfte dadurch in eine Lage versetzt würden, den stärkeren Herausforderungen auf der Straße sowie öffentlichen Plätzen entsprechend entgegenzutreten. Vor diesem Hintergrund sei das Equipment auch um den Teleskopabwehrstock ergänzt worden. Wie sich dies letztlich in der Praxis auswirke, müsse beobachtet werden und es werde entsprechend berichtet. Hinsichtlich der Ortung per Global Positioning System bittet er Herrn Frenzke um weitere Ausführungen. Er könne mitteilen, dass die Funkgeräte der Außendienstkräfte mit dieser Ortung ausgestattet seien, mit dem Gesamtpersonalrat jedoch vereinbart worden sei, die Ortung lediglich bei Absetzung eines Notrufes zu nutzen. Darüber hinaus bestünde die Möglichkeit, eine Ortung vorzunehmen sofern Einsatzkräfte von der Leitstelle nicht erreichbar seien. Bei Großveranstaltungen werde die Ortung nach vorheriger Bekanntgabe grundsätzlich eingeschaltet, um permanent einen Überblick der Verteilung der Außendienstmitarbeiterinnen und Außendienstmitarbeiter zu erhalten. Dementsprechend fände keine durchgängige Überwachung statt.

MdR Hegenbarth erkundigt sich, ob eine Steuerung und gegebenenfalls sogar eine Überwachung der Kräfte dementsprechend ausgeschlossen sei. Darüber hinaus nimmt er Bezug auf Seite drei der vorliegenden Mitteilung und erkundigt sich zum Umfang der Kontrollen am Rheinboulevard sowie der beabsichtigten zukünftigen Schritte. In Bezug auf Seite zwei der Mitteilung erkundigt sich MdR Hegenbarth, ob eine Ausweitung des angegebenen Zeitrahmens möglich wäre. Er bittet zudem um Nennung eines Zeitpunktes, zu dem die Schulung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit dem Teleskopabwehrstock abgeschlossen sein werde.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller bittet darum, Erfahrungsberichte zum Teleskopabwehrstock in einem Jahr vorlegen zu können. Sofern in der Zwischenzeit Auffälligkeiten beobachtet würden, werde im AVR entsprechend berichtet. Man könne jedoch nachträglich mitteilen, wann die ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Teleskopabwehrstock ausgestattet worden seien. In seiner Zuständigkeit für den städtischen Ordnungsdienst sowie als Personaldezernent teilt Herr Stadtdirektor Dr. Keller mit, dass die technischen Möglichkeiten nicht genutzt würden, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu überwachen.

Herr Frenzke teilt mit, die ersten Beschäftigten seien im April 2019 geschult worden und seitdem mit dem Teleskopabwehrstock im Einsatz. Im Hinblick auf die Öffnungszeiten der Anlaufstelle erläutert Herr Frenzke, dass hier im Wesentlichen die Fußgängerzonen Berücksichtigung gefunden hätten und die Kernzeiten des Besuchsaufkommens lägen zwischen 12.00 Uhr und 20.00 Uhr. Diese Anlaufstelle würde von der Polizei und der Stadt gemeinsam betrieben. Die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien bereits davor sowie auch danach im Einsatz, allerdings handele es sich hier um die Kernzeit, zu der das Umfeld gemeinsam bestreift werde. Man sei derzeit auch hier bemüht, ein entsprechendes Nachfolgeobjekt zu finden. Herr Frenzke erläutert, dass am Rheinboulevard grundsätzlich von April bis Ende Oktober Einsätze erfolgen. In der Regel fände dort zur Hälfte der Zeit ebenfalls eine gemeinsame Bestreifung mit der Polizei statt. Zu besonderen Veranstaltungen wie beispielsweise der Deutzer Kirmes würde zudem individuell an das Besucheraufkommen und die Feststellungen angepasst bestreift.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Veröffentlichung der Studie "LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln" 1871/2019

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag des MdR Richter beschlossen, die Mitteilung zurückzustellen.

MdR Möller nimmt Bezug auf die Studie und hebt die Problematik geringerer Einkommen gleichgeschlechtlicher Partnerschaften unter Frauen hervor. Seitens der Studie werde hier die Notwendigkeit erweiterter Handlungs- sowie Forschungsbedarf aufgezeigt. MdR Möller erkundigt sich, ob an dieser Stelle gegebenenfalls auch von Seiten des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern eine weitere Auseinandersetzung mit dieser Thematik erfolgen könne.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Kölner Abschlusskonferenz zum EU-Projekt „GrowSmarter“ 03.-05.06.2019 2018/2019

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Klimapartnerschaft Köln - Yarinacochoa 2042/2019

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Europawahl 2019 1947/2019

MdR Möller bedankt sich für die Mitteilung, kritisiert jedoch die Ausführungen bezüglich der Frage 7. Es sei korrekt, dass aufgrund des Neubaus der Grundschule diese nicht mehr als Wahllokal zur Verfügung stehe. Im näheren Umfeld befände sich jedoch auch eine städtische Kindertagesstätte, die als Wahllokal genutzt werden könnte. MdR Möller erkundigt sich, aus welchem Grunde diese nicht genutzt worden sei und ob beabsichtigt sei, dies zukünftig zu tun.

Frau Brimmer erläutert die Kriterien, anhand derer das Wahlamt Räumlichkeiten, die als Wahllokale zur Verfügung stehen sollen, auswählt. Der Fokus sei insbesondere aufgrund der Barrierefreiheit eher auf Schulgebäude als auf Kindertagesstätten gerichtet. Frau Brimmer bietet an, vor der nächsten Wahl explizit zu überprüfen, ob bei der durch MdR Möller benannten Kindertagesstätte Barrierefreiheit im notwendigen Rahmen gegeben sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 ZukunftsLabor der Stadt Köln 1057/2019

MdR Dr. Elster teilt mit, die Mitglieder des Unterausschusses für Digitale Kommunikation und Organisation seien von der Leiterin des ZukunftsLabors eingeladen worden, eine der kommenden Sitzungen in den dortigen Räumlichkeiten abzuhalten. Er erkundigt sich, ob diese Möglichkeit auch für den AVR bestehe.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass die Räumlichkeiten für eine Sitzung des AVR nicht ausreichend seien. Er könne jedoch empfehlen, am Mittwoch, den 03.07.2019 zum Tag der offenen Tür des ZukunftsLabors zu kommen. Auch ein Ortstermin sei denkbar, sofern dies gewünscht sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.7 Stellungnahme zum Antrag AN/0581/2019 der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Führerscheintausch online ermöglichen" 2284/2019

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, den Tagesordnungspunkt wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit

**8.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Führerschei-
numtausch online ermöglichen“
AN/0581/2019**

zu behandeln.

MdR Dr. Krupp erläutert den Hintergrund der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung. In der Sitzung des AVR vom 13.05.2019 sei ihm mitgeteilt worden, dass sich alle notwendigen Schritte bereits in der Planung befänden. Nun habe er jedoch festgestellt, dass hier lediglich die Rede von Erstanträgen sei. Ihm gehe es jedoch nicht um Erstanträge, sondern explizit um den Umtausch bereits vorhandener Fahrerlaubnisse. MdR Dr. Krupp bittet um Erläuterung sowie Darstellung des aktuellen Sachstandes.

Frau Möwes erläutert, dass sich die erwähnten Fallzahlen in der Tat auf die Antragsstellung beziehen. Dies habe jedoch den Hintergrund, dass die erforderliche Gesetzesänderung zur Grundlage des Führerscheintausches derzeit noch nicht in seiner finalen Form feststehe. Aus diesem Grunde seien bei der Abfrage die zuvor benannten Fallzahlen gewählt worden. Der Umtausch der Führerscheine sei jedoch von Beginn an ein Thema gewesen, mit welchem sich vermehrt auseinander gesetzt worden sei. So hätten Austausche hierzu im Städtetag sowie an weiteren Stellen stattgefunden. Frau Möwes erläutert die zum Umtausch erforderlichen Schritte und den damit einhergehenden Aufwand. Zudem stellt sie dar, dass ein Verzicht auf eine Aufweisung kein Indiz dafür sei, dass der Führerscheintausch nicht berücksichtigt worden sei. So sei beispielsweise die Führerscheintrückgabe ebenfalls nicht explizit aufgeführt, da man sich aufgrund der Vielzahl an Dienstleistungen auf die Massenfallzahl fokussiert habe, um eine Priorisierung zu erstellen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Die SPD-Fraktion zieht den vorliegenden Antrag zurück.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

**6.1 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend
"Ordnungswidriges Wegwerfen von Zigarettenkippen"
AN/0692/2019**

**Beantwortung der Anfrage AN/0629/2019 der CDU-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Ordnungswidriges Wegwerfen von Ziga-
rettenkippen"
2347/2019**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Milieuschutzsatzungen endlich be-
schließen! – die Zweite"
AN/0842/2019**

Beantwortung der Anfrage AN/0842/2019 der SPD-Fraktion betreffend "Mili-

euschutzsatzungen endlich beschließen! - die Zweite"
2322/2019

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Sachstand zur städtischen Förderung der Karnevalsumzüge in den Stadtteilen"
AN/0961/2019

Beantwortung der Anfrage AN/0961/2019 der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Sachstand zur städtischen Förderung der Karnevalsumzüge in den Stadtteilen"
2330/2019

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage betreffen "Prävention von Waldbränden in Köln"

Der Vorsitzende erkundigt sich aufgrund der derzeit vorherrschenden Temperaturen sowie der Wetterprognosen für die kommenden Wochen, inwieweit sich die Berufsfeuerwehr Köln gegenüber der Waldbrandgefahr gewappnet sehe.

Herr Dr. Miller erläutert, dass die Berufsfeuerwehr für die in Köln denkbaren Szenarien ausreichend gerüstet sei. Das Konzept folge einer schnellen Intervention, sodass große Vegetationsbrände bereits vor Entstehung eingedämmt werden können. Sollte es dennoch zu einem solchen Brand kommen, sei man mit den hauptamtlichen sowie freiwilligen Kräften sehr gut aufgestellt.

7.2 Mündliche Anfrage betreffend "Öffentliche Toilettenanlage am Fühlinger See"

Herr Hopfau ergreift das Wort und teilt mit, er habe sowohl eine Frage als auch eine Bitte bezüglich der Toilettenanlagen am Fühlinger See. In der Nähe der Regattaanlage befinde sich eine öffentliche Toilettenanlage nebst Umkleidekabinen. Er sei in den vergangenen Tagen häufiger vor Ort gewesen und habe festgestellt, dass der See abends noch stark frequentiert sei. Die öffentliche Toilettenanlage hingegen sei um 20.00 Uhr bereits geschlossen. Dies habe bei einigen Besucherinnen und Besuchern Unmut ausgelöst. Er erkundigt sich daher nach den Öffnungszeiten dieser Toilettenanlage und bittet um wohlwollende Prüfung, ob an besonders warmen Tagen eine Ausweitung der Öffnungszeiten bis 21.00 Uhr oder 22.00 Uhr möglich sei. Darüber hinaus bittet er, seine Anfrage zeitnah zu klären.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Anfrage an das hierfür zuständige Sportamt weitergeleitet und geprüft werde, ob eine Verbesserung des Services möglich sei.

7.3 Mündliche Anfrage betreffend "Mannschaftstransportwagen bei der Feuerwehr"

MdR Dr. Krupp erkundigt sich, wann damit zu rechnen sei, dass die seitens der Feuerwehr für den Transport zur zentralen Brandschutzfortbildung notwendigen drei Mannschaftstransportwagen angeschafft werden. Derzeit würden seiner Kenntnis nach Fahrzeuge bei der Freiwilligen Feuerwehr ausgeliehen

Herr Dr. Miller erläutert, dass die Fahrzeuge derzeit noch nicht beschafft worden seien, da geplant gewesen sei, Leasingfahrzeuge im Rahmen des Rahmenvertrages zu beschaffen. Die in diesem Rahmen zur Auswahl stehenden Fahrzeuge erfüllten jedoch nicht die notwendigen Anforderungen bezüglich der Tragfähigkeit. Aus diesem Grunde müsse die Beschaffung nun anderweitig erfolgen. Es sei versucht worden, die Belastung der Freiwilligen Feuerwehr so gering wie möglich ausfallen zu lassen.

7.4 Mündliche Anfrage betreffend "Vorfälle in Kölner Freibädern"

Herr Cremer erkundigt sich, ob es in Kölner Freibädern ähnliche Vorfälle gegeben habe, wie zuletzt in Düsseldorf.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass keine derartigen Vorfälle bekannt seien.

7.5 Mündliche Anfrage betreffend "Gaming-Restaurant in Köln"

MdR Hegenbarth erkundigt sich bezüglich des aktuellen Sachstandes zu dem Gaming-Restaurant, welches in Köln eröffnet werden soll. Er nimmt Bezug auf einen in der Presse veröffentlichten Artikel.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass die in dem Zeitungsartikel dargestellte Begründung nicht korrekt gewesen sei. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels habe der Inhaber des Restaurants nicht über die nach den umfänglich vorgenommenen Renovierungsmaßnahmen notwendige Baugenehmigung verfügt. Die entsprechende gaststättenrechtliche Konzession könne durch das Amt für öffentliche Ordnung jedoch erst erteilt werden, sofern diese Baugenehmigung vorliege. In diesem Zusammenhang werde dann auch geprüft, inwieweit der Glücksspielstaatsvertrag durch die E-Sport-Einrichtungen tangiert sein könnte. Man werde im Rahmen der gesetzlichen Spielräume großzügig entscheiden, da E-Sports durchaus auch ein Standortfaktor für die Stadt Köln sein könne.

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Führerschei-nummtausch online ermöglichen" AN/0581/2019

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen, den Tagesordnungspunkt wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit

**4.7 Stellungnahme zum Antrag AN/0581/2019 der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Führerscheinumtausch online ermöglichen“
2284/2019**

zu behandeln.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Die SPD-Fraktion zieht den vorliegenden Antrag zurück.

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Parkgebührenordnung 2019
0445/2018**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend TOP 10.1 "Parkgebührenordnung 2019" (0445/2018)
AN/0997/2019**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag von MdR Dr. Krupp beschlossen, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen für die Zeit vom 01.01.2017-24.01.2018
1269/2019**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die „Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) für die Zeit vom 01.01.2017 – 24.01.2018 und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen rückwirkend ab dem 25.01.2018
1273/2019**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die „Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) rückwirkend ab dem 25.01.2018 und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019
1712/2019**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 01 beigefügten 3. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019.

**10.5 Gigabit Masterplan Cologne sowie Bedarfsfeststellung über den Eigenbeitrag zur Förderung des Breitbandausbaus in der Stadt Köln durch den Bund und das Land NRW
1737/2019**

MdR Dr. Elster äußert sich positiv zu der Vorlage und den damit einhergehenden positiven Auswirkungen. In Bezug auf die vorgeschlagenen weiteren Maßnahmenpakete sei er der Ansicht, diese seien teilweise noch kommentierungsbedürftig. Es seien insgesamt bis zu 60.000 Haushalte beziehungsweise bis zu 120.000 Menschen betroffen, welche sich in einem nicht förderfähigen Bereich befänden, perspektivisch jedoch nicht „gigabit-fähig“ seien. Der Gigabit Masterplan greife dies auf und stelle unter anderem auch die notwendigen Kosten dar. Insgesamt sei hier nun zwischenzeitlich die Rede von etwa 200.000.000,- Euro, welche benötigt würden, um auch diese Menschen mit gigabitfähigem Internet zu versorgen. An diesem Punkt sei somit die Umsetzung eines Beschlusses des Rates der Stadt Köln aus dem Jahr 2012 zur Sicherstellung einer dementsprechenden flächendeckenden Internetversorgung kritisch zu betrachten. Aufgrund der noch bevorstehenden höheren Anforderungen durch Dinge wie beispielsweise autonomes Fahren, sei eine Deckung über das gesamte Stadtgebiet erforderlich. In Berlin zeichne sich

ab, dass die Förderungen größtenteils ländliche Bereiche erreichen werden. In diesem Zusammenhang sei Sorge dafür zu tragen, dass die Förderung abhängig von der individuell verfügbaren Bandbreite gemacht werde und nicht von der generellen Versorgung eines Gebietes. Grundsätzlich sei der Gigabit Masterplan eine gelungene Sache. Die zur Umsetzung benötigten finanziellen Mittel halte er in Anbetracht der gegenwärtigen Haushaltslage jedoch für eine große Herausforderung. Hier sei man auf Fördermittel des Bundes angewiesen.

MdR Hegenbarth weist darauf hin, dass man mit Netcologne als städtischer Tochterfirma eine bessere Ausgangsposition im Bereich der Infrastruktur habe, als viele andere Kommunen. Dennoch sei das aktuelle Förderprogramm einmalig. Er bittet die Verwaltung um Präzisierung, wo ein Gefälle in der Anbindung innerhalb des Stadtgebietes zu vermerken sei.

Herr Rossbach erläutert, dass die Entscheidungsträger an anderer Stelle säßen und sich die Prioritäten dementsprechend auch zu gewissen Teilen von den hiesigen unterscheiden. Nichtsdestotrotz sei der Fokus darauf zu setzen, zu eruieren, wo die Effizienz der eingesetzten Mittel am höchsten sei. Den größten Handlungsbedarf sehe er in dem sogenannten suburbanen Bereich. In den Randlagen sei bisher lediglich das Netz der Deutschen Telekom vorhanden, nicht jedoch Glasfaser oder ein Unitymedia Kabelnetz. In der vergangenen Woche habe es eine Anhörung im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gegeben, an der er teilgenommen habe. Dort sei davon ausgegangen worden, dass bereits alle Bereiche durch das Unitymedia Kabelnetz und Netcologne abgedeckt seien. Demzufolge müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, dass auch seitens der großen Kommunen noch Bedarf bestehe.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Masterplan Gigabit Cologne und erkennt den dargestellten Bedarf eines Eigenanteils in Höhe von **bis zu 4.500.000,- Euro** an der Gesamtförderung im Rahmen der Bundesrichtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.6 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland 3110/2018

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag von MdR Richter beschlossen, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser
1841/2019**

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung auf Vorschlag von MdR Görzel beschlossen, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

MdR Tokyürek erkundigt sich, wie die bei der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH eingesetzten Personen bezahlt würden. Darüber hinaus erkundigt sie sich, welche Perspektiven für diese Personen nach Ablauf der Förderungen aufgezeigt werden können. Zudem wolle sie gerne die Einschätzung des Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates zu der Beschlussvorlage erfahren.

Herr Wagner erläutert, dass bei der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH der Tarifvertrag des Sicherheitsgewerbes gelte. Der derzeitige Stundenlohn betrage 10,58 Euro. Er erläutert, dass aus Sicht der Verwaltung grundsätzlich nicht fünf Jahre gewartet werden wolle, bis die Personen sich über den Paragraphen 16 i des 2. Sozialgesetzbuches auf Planstellen bewerbe können. Das Ziel sei, dies bereits deutlich früher zu ermöglichen. Grundsätzlich würden die Personen zunächst einmal für zwei Jahre eingestellt, um die Möglichkeiten, Entwicklungspotentiale und Perspektiven für zukünftige Einsätze auszuloten. Grundsätzlich seien diese zwei Jahre jedoch auch notwendig, um die langzeitarbeitslosen Personen an städtische Inhalte, Strukturen et cetera heranzuführen. Man erhoffe sich auf diesem Wege jedoch einen weiteren Zufluss an neuen Beschäftigten für die Stadt.

Herr Dicken erläutert, dass der Gesamtpersonalrat sehr früh in das Projekt miteingebunden wurde. Der letzte Termin sei zwischenzeitlich bereits länger her, allerdings könnten hier terminliche Probleme ursächlich sein. Grundsätzlich sei die Gesamtpersonalvertretung positiv gegenüber dem Projekt eingestellt. Der Gesamtpersonalrat wünsche sich darüber hinaus, dass die Stadt Köln auch häufiger als Träger auftrete. Allerdings sei auch verständlich, dass es bei den Langzeitarbeitslosen hilfreich sei, die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH als Ansprechpartner zur Verfügung zu haben.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

**10.8 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014
2139/2019**

MdR Frank bittet die Verwaltung um Erläuterung der vorgenommenen Änderung sowie Mitteilung zum rechtlichen Status des beigefügten Merkblattes. In der Synopse habe er lediglich redaktionelle Änderungen ausmachen können sowie Änderungen aufgrund der Datenschutzgrundverordnung.

Herr Frantzen erläutert, dass die Änderungen der Satzung lediglich geringen Ausmaßes und im Wesentlichen redaktioneller Art seien. Die wesentlichen Änderungen bezögen sich auf das beigefügte erklärende Formular, welches vom Gast auszufüllen ist. Zudem seien Anregungen des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes aufgegriffen worden und Optimierungsmöglichkeiten genutzt worden. Der Erstattungsvordruck sei geringfügig geändert und anders aufgebaut worden. Des Weiteren werde in diesem Vordruck auch auf die neue Datenschutzgrundverordnung verwiesen. Zudem seien die Hauptgründe zur Zahlung einer Kulturförderabgabe in diesem Vordruck aufgeführt worden und eine bessere Systematisierung vorgenommen worden.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die

als Anlage I beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18. November 2014 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Gez. Bernd Petelkau
Vorsitzender

Gez. Melina Schacknat
Schriftführerin